

Niederschrift zur 6. Sitzung des Regionalausschusses am Mittwoch, den 06.06.2013 um 18.30 Uhr im der Aula des Schulzentrum Blumenthal, Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21.15 Uhr

Vorsitzender: Ortsamtsleiter Herr Nowack
Schriftführerin: Frau Britt

Tagesordnung:

1. (18.30 Uhr) Eröffnung und Begrüßung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (18.35 Uhr) Genehmigung der Niederschrift zur 5. Sitzung vom 06. März 2013
3. (18.40 Uhr) Emissionen durch Kohlezüge zum Kraftwerk
dazu: Vertreter der Gewerbeaufsicht Bremen
4. (19.00 Uhr) Ärzteversorgung in Bremen-Nord
dazu: Vertreter des Ärztenetzwerks Bremen, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Senators für Gesundheit
5. (19.45 Uhr) Zukunft des Medienzentrums Bremen-Nord
dazu: Vertreter der Senatorin für Bildung
6. (20.30 Uhr) Verschiedenes

Anwesende Mitglieder:

Blumenthal:

Kröger-Schurr, Gabriele
Schupp, Alex
Schwarz, Ralf
Krohne, Anke (beratend)

Burglesum

Hennig, Reinhard
Hornhues, Bettina (ab 19.10 Uhr)
Friesen, Ewald
von Groeling-Müller, Georg (beratend)
Tegtmeier, Rainer (beratend)
Rath, Frank (beratend)

Veogesack

Sprehe, Heike
Frenzel, Greta für Scharf, Detlef
Pörschke, Thomas für Schulte im Rodde, Christoph
Degenhard, Cord für Sonnekalb, Ralf (beratend)
Kurt, Sabri (beratend)
Buchholz, Rainer (beratend)

Sonstige Teilnehmer:

Florian Boehlke (Ortsamtsleiter Burglesum)
Dr. med. Peter Rudolph, Vorstand Ärztenetzwerk-Bremen Nord
Dr. med. Iris Steck, Mitglied im Zulassungsausschuss der KV und Ärztenetzwerk Bremen-Nord
Dr. Rainer Ballnus, Landesinstitut für Schule, Zentrum für Medien
Oliver Bouwer, Landesinstitut für Schule

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung und Begrüßung; Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und Gäste. Die Einladung ist den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Die Tagesordnung wird wie vorliegend einstimmig genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift zur 5. Sitzung vom 06.03.2013

Die Niederschrift zur 5. Sitzung vom 06. März 2013 wird mit 5 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Emissionen durch Kohlezüge zum Kraftwerk

dazu: Vertreter der Gewerbeaufsicht Bremen

Herr Nowack erklärt, dass in der Sitzung am 06. März intensiv über alle Fragen der Logistik debattiert wurde und die Infrastrukturunternehmen erschöpfend Antworten gegeben haben. Dazu hat dann der Regionalausschuss den Beschluss gefasst, dass heute das Gewerbeaufsichtsamt Stellung beziehen soll.

Das Gewerbeaufsichtsamt hat jedoch inzwischen mitgeteilt, dass es für Schienenlärm nicht zuständig sei, daher werde man an der Ausschusssitzung am 06.06.13 nicht teilnehmen. Auskunft zum Thema könne vielleicht das Verkehrsreferat 52 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) geben. Am heutigen Termin konnte allerdings aus terminlichen Gründen kein Vertreter dieses Referats teilnehmen.

Allgemein wird Verärgerung darüber ausgedrückt, dass kein Behördenvertreter anwesend ist, da viele Besucher an dem Thema interessiert seien. Auch sei es eine Missachtung der Beiräte, dass auf den Beschluss vom 06.03.2013 keine Reaktion erfolgt sei.

Herr Hennig gibt bekannt, dass dem Beirat Burglesum am Dienstag erklärt wurde, dass SUBV in diesem Fall nicht zuständig sei. Zuständig sei die Behörde für Autoverkehr, nicht aber für Bahnverkehr. Dennoch kritisiert er deren unmögliches Verhalten.

Herr Nowack erläutert, dass das Eisenbahnbundesamt die zuständige Aufsichtsbehörde sei. Vielleicht könne man von dort Vertreter einladen.

Bürger A erklärt, der Lärm sei auszuhalten, wenn die Fenster geschlossen seien. Im Sommer, bei offenen Fenstern sei es jedoch sehr störend, nachts vom Lärm geweckt zu werden.

Bürgerin B meint, in der Vegesacker Heerstraße würden die Züge bereits morgens um 4.00 Uhr vorbei fahren und sehr laut sein. Seit Beginn der Kohletransporte würde es zudem sehr schmutzig sein und ein Aufhängen der Wäsche draußen z. B. nicht mehr möglich.

Herr Boehlke gibt bekannt, dass zum Thema „Schmutz“ bereits mehrere Beschwerden im Ortsamt vorlägen. In Rücksprache mit den Kraftwerksbetreibern solle geklärt werden, ob es die Möglichkeit gebe die Kohle zu nassen oder abzudecken.

Herr Nowack meint, es gebe die Möglichkeit, Schmutzproben mit Wattestäbchen in Tüten beim Kraftwerk abzugeben. Dort könne geklärt werden, ob der Schmutz von den Zügen kommt.

Bürger C meint, auch „Am Rottpohl“ sei es sehr laut.

Herr Schwarz erinnert an die letzte Mitteilung der Kraftwerksbetreiber an den Ausschuss, dass auf der Farge-Vegesacker Eisenbahn zwischen 22.00 und 5.00 Uhr keine Züge fahren würden. Er möchte wissen, ob es dazu inzwischen einen konkreten Fahrplan gebe und fordert, vertraglich eingegangene Verpflichtungen auch einzuhalten. Da der Lärmpegel 59 Dezibel nicht überschreiten dürfe, bittet er um Nachmessungen und die dazugehörigen Belege vorzulegen.

Tagesordnungspunkt 4

Ärzteversorgung in Bremen-Nord

dazu: Vertreter des Ärztenetzwerks Bremen, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Senators für Gesundheit

Herr Nowack erläutert, dass die Kassenärztliche Vereinigung (KV) auf die Einladung zur heutigen Sitzung mit einem Schreiben reagiert habe, in dem sie bereits vorab erklärt, am heutigen Abend anderweitig terminlich gebunden zu sein. Es bestehe aber Dissens über den richtigen Weg zur Erreichung des Ziels zur ausreichenden ärztlichen Versorgung in Bremen-Nord.

Auch der Gesundheitssenator hat für heute abgesagt, dessen schriftliche Stellungnahme liegt den Beiräten jedoch vor.

Als sachverständige Vertreter zum Thema begrüßt Herr Nowack Herrn Dr. med. Peter Rudolph vom Vorstand Ärztenetzwerk-Bremen Nord und Frau Dr. med. Iris Steck, Mitglied im Zulassungsausschuss der KV und Ärztenetzwerk Bremen-Nord.

Herr Dr. Rudolph beschreibt kurz den Ist-Zustand und erklärt, Anlass zum Handeln gebe nunmehr ein erneuter Wegzug einer Augenärztin nach Oslebshausen.

Die Kassenärztliche Vereinigung des Bundes habe neue Richtlinien erlassen, denen zufolge Bremen-Nord ein überversorgtes Gebiet von Fachärzten und Hausärzten sei.

Der zuständige Senator wolle dieses Ergebnis näher in Augenschein nehmen und Zahlen eruieren. Nichtsdestotrotz werde dies aber nichts helfen am Ergebnis, dass eine Überversorgung herrsche.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Rudolph müsse es Möglichkeiten geben, um Haus- und Fachärzte in Bremen-Nord anzusiedeln. Erforderlich dazu sei auch politisches Interesse, Hilfe aus den Ortsämtern und flankierende Maßnahmen dahingehend, dass sich Ärzte gerne in Bremen-Nord niederlassen wollen, seien nötig.

Am 17. Juli 2013 solle ein vorbereitendes Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung erfolgen.

Frau Dr. Steck erläutert, dass der Zulassungsausschuss für Ärzte zusammengesetzt sei aus Organisatoren, Vertretern der Krankenkassen, niedergelassenen Ärzten und Patienten.

Dort werde geprüft, ob die Niederlassung eines Arztes innerhalb eines rechtlichen Rahmens passiere und ob die Bedarfsplanung erfüllt sei. Politisch gewollt sei, dass sich insbesondere Fachärzte in Zentren zusammen tun und gleichzeitig operieren.

Die neuen Zahlen stellten sich eher schlechter dar, häufig gebe es weniger Ärzte für mehr Bürger.

In Walle beispielsweise gebe es zurzeit je 1850 Patienten einen Arzt; in Schwachhausen je 699 – bei Bedarfzahlen von jeweils 2000 Patienten pro Arzt.

Man benötige juristischen Beistand um die Kassenärztliche Vereinigung zu überzeugen, dass Bremen nicht insgesamt gesehen werden dürfe, sondern einzelne Bereiche bzw. Stadtteile zu betrachten sind.

Herr Dr. Rudolph ergänzt, dass Druck aufgebaut werden müsse, um Ansiedlungen zu erzielen. Zu beachten sei dabei auch die Qualität des Standortes.

Frau Dr. Steck meint, man müsse auch den politischen Willen hinterfragen, der die vorab geschilderten Ballungszentren für Ärzte, die ja auch längere Wege für Patienten bedeuteten, schafft.

Während der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass der „gefühlte Bedarf“ an Ärzten oft höher sei als der tatsächliche. Deutlich werde dieses Gefühl vor allem dann, wenn Ärzte aufhörten und es keine neuen Bewerber gebe.

Frau Dr. Steck erläutert, laut den Zahlen habe man in Bremen-Nord zu viele Ärzte. Die Zahlen seien jedoch willkürlich festgelegt, es gebe dazu keine Statistik. Man versuche immer wieder, dass auch mit dem Ausland zu vergleichen. Deutsche würden jedoch auch dreimal öfter zum Arzt gehen als z. B. Norweger. Die Bedarfzahlen setzten sich zusammen aus „einem Zeitpunkt X – wie viele Ärzte waren dann da – wie viele Ärzte waren das pro Bewohner“.

Dabei wurde seitens der Bundes KV auch bedacht, dass Einwohner aus Niedersachsen Bremer Ärzte aufsuchen würden. Die Planungsbereiche wären in 4 Stufen unterteilt, die sich danach richteten, ob ein Planungsbereich ein sog. Oberzentrum ist.

Das Land Bremen gehöre in die Stufe 1 und damit in die maximale Versorgung, das bedeutet bessere Verhältniszahlen bei Hausärzten als Niedersachsen.

Frau Dr. Steck bestätigt, dass auch sie als Ärztin die gefühlten Zahlen deutlicher empfindet als die von der Bundes KV festgelegten. In den Randbezirken habe man als Arzt durchaus mehr Last zu tragen.

Herr Dr. Rudolph stimmt zu, dass die Qualität des Standortes verliert, wenn nicht genug Ärzte zur Verfügung stehen. Es sei aber nicht zu erzwingen, dass sich Ärzte ansiedeln wollen, auch diese hätten das Recht auf freie Berufsausübung.

Frau Steck erklärt, die Bedarfzahl sei eine allgemeine Zahl. So sei für 13000 Einwohner ein

Augenarzt da. Bremen weit liege man in einem Versorgungsgrad von 123 %.

Die individuelle Arbeitszeit pro Arzt liegt KV-technisch bei einer bestimmten Patientenzahl pro Quartal. Bei Überschreitung wird das nicht mehr vergütet. Dies habe aber nichts mit der Bedarfsplanung zu tun.

Herr Dr. Rudolph meint, die Zahlen würden letztlich nicht weiterhelfen. Wichtig seien flankierende Maßnahmen dahingehend, dass Ärzte sich gerne in Bremen-Nord ansiedeln würden.

Das Regel-Leistungs-Volumen ist von Arztgruppe zu Arztgruppe unterschiedlich.

Die Abstaffelung von Patienten führe dazu, dass auch Ärzte irgendwann das Gefühl hätten, genug zu arbeiten, wenn für weitere Arbeit nicht mehr bezahlt werde.

Herr Dr. Rudolph verweist noch einmal auf die auch standortmäßige freie Berufswahl. Vorgaben seitens der KV zum Standort bei Zulassung eines Arztes seien nicht zu erwarten.

Der vorliegende Beschlussvorschlag wird mit der Änderung, den Satz „Mindestens sollte ein Gast- und Rederecht zugestanden werden“ zu streichen, einstimmig angenommen.

Herr Schwarz bittet die Ortsamtsleiter um eine Statistik für die Stadtteile, wo wie viele Ärzte niedergelassen seien.

Tagesordnungspunkt 5

Zukunft des Medienzentrums Bremen-Nord

dazu: Vertreter der Senatorin für Bildung

Herr Dr. Ballnus erklärt die derzeitige Situation, in der sich das Medienzentrum Bremen-Nord befindet, als unbefriedigend.

Warum man in der Sache nicht weiter komme, erläutert er an folgenden Punkten:

- Ein Problem seien die hohen Bewirtschaftungskosten.
- Ein weiteres gravierendes Problem sei die Personalfrage. So seien zwei Personen in Bremen-Nord ausgeschieden, deren Posten nicht wieder besetzt wurden (Stichwort „Personaleinsparungsquote“).
- Ein drittes Problem sei der Aufgabenwandel.
In Bremen hat das Medienzentrum auch Landesaufgaben (in enger Abstimmung mit anderen Bundesländern) zu erfüllen und Bremen auf Bundesebene zu vertreten.
Weitere Kernaufgaben: Medienpädagogische Beratung im Unterricht und von Schulleitern, Schulung von Schulen, Qualifizierung und Fortbildung von Lehrern in den Schulen, Referendararbeiten [am Landesinstitut für Schulen (LIS)], Beratung über Ausstattung von Schulen vor Ort.

Ein weiterer Bereich ist der digitale Medienverleih, bis vor kurzem gab es in Bremen-Nord dafür einen Fahrdienst. Dieser wurde eingestellt, da dieser Aufgabenbereich inzwischen online als Download angeboten wird.

Fazit ist, dass für die eigentlichen Kernaufgaben keine eigenen Räumlichkeiten in Bremen-Nord benötigt werden. Genutzt werden neben den Räumen des LIS „Am Weidedamm“ auch Studios in der Überseestadt.

Einen Bedarf an außerschulischer Beratung gebe es sicher auch in Bremen-Nord, Problem sei aber die Finanzierung. Möglich sei, eine solche Beratung an einen anderen Träger zu übergeben.

Es gebe Gespräche mit der Sozialsenatorin zur Entwicklung eines Medienkompetenzzentrums.

Auf Nachfragen erklärt Herr Dr. Ballnus, dass es im Landesmedienzentrum 15 Stellen gebe, davon sind 4 im Archiv und 2,5 Stellen im Medienverleih gebunden.

Die Studios in der Überseestadt seien nicht gekündigt worden. Es gebe dazu bisher nur Überlegungen, um das Budget zu schonen.

„An der großen Weidestraße“ gebe es in der Tat Leerstände, da das Rebus (Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum) ausgezogen sei.

Zu diesen Überlegungen sei aber noch nichts entschieden.

Die Studios in der Überseestadt haben ein bestimmtes Konzept, geltend für alle Stadtteile, ob ein

Umzug nach Bremen-Nord zielführend sei, werde aufgrund der teilweise langen Anfahrten bezweifelt.

Der Aussage, dass das Medienzentrum in Bremen-Nord nicht gewollt ist, wird nicht zugestimmt. Als schulisches Medienzentrum würden die Räumlichkeiten nicht gebraucht, dadurch entstehe für keine Bremen-Norder Schule kein Nachteil, da die Mitarbeiter des LIS in die Schulen fahren würden.

Gleichwohl sei der Bedarf für die außerschulische Arbeit da.

Es sei daher zu überlegen, wie die Räumlichkeiten genutzt werden können und wie man dafür Partner gewinnen könne. Dafür wird die Unterstützung der Beiräte gewünscht.

Es wird kritisiert, dass die Themen „Cybermobbing“ und „Mediensucht“ als inhaltliche Aspekte bisher zu wenig behandelt wurden.

Es wird zugestimmt, dass dahingehend präventiv Schulen und Lehrer unterstützt werden müssen. Sinnvoll wäre zu diesen Themen ein interdisziplinäres Vorgehen.

Auch das ehrenamtliche Engagement vom Ersten Lesumer Fernsehen (E.L.F. e. V.) gelte es zu unterstützen.

Es wird um eine Zusage zur Planungssicherheit gebeten, dass das Kino weitergeführt werden kann. Dies wird zugesagt solange, wie es die Räumlichkeiten gibt. Die Nachfrage zur Wiederbesetzung einer Stelle wird dahingehend beantwortet, dass diese sich schwierig gestalten.

Der dem Ausschuss vorliegende Beschlussvorschlag wird mit einigen redaktionellen Änderungen einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 6

Verschiedenes

Frau Kröger-Schurr beantragt, dass der Schriftverkehr, der die Themen des Regionalausschusses betrifft, den Ausschussmitgliedern vor einer Sitzung zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt wird.

Frau Krohne fragt nach, ob es zum Untergrund von Bremen-Nord Kartenmaterial gebe. Dies wird bejaht.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.15 Uhr

gez. Nowack

gez. Schupp

gez. Rohde

Nowack
Ortsamtsleiter

Schupp
Ausschusssprecher

i. A. Rohde
Protokoll